

Welche Banken wollen wir?

Die wahllose Bankenrettung zerstört die Demokratie. Die Politik muss die Ursachen der Krise beseitigen: Perverse Anreize im Finanzsystem

STEFAN BISKAMP

Manchen Menschen muss man das Wort gar nicht erst im Mund umdrehen. Die EU plant einen Belastungstest großer Banken. Und flugs warnt Finanzminister Peer Steinbrück davor, die Ergebnisse zu veröffentlichen, damit es „nicht zu einer Beschädigung der Banken kommt“. Und IWF-Europachef Marek Belka fordert, „leistungsgestörte Vermögenswerte“ in den Bankbilanzen müssten „vom Rest des Finanzsektors isoliert werden“, um das Vertrauen wiederherzustellen.

Wer hat hier eigentlich wen beschädigt: die Öffentlichkeit die Banken? Oder die Banken uns? Und warum beschließt das Bundeskabinett in seinem Bad-Bank-Gesetz, leistungsgestörte Vermögenswerte zu isolieren, statt leistungsgestörte Kreditinstitute und ihre Vorstände?

Die wahllose Rettung der Banken liefert Kreditinstituten, Hedge-Fonds, Ratingagenturen und Wirtschaftsprüfern ein perfektes Motiv, abermals eine Illusion risikoloser Rendite zu schaffen. Damit wird nicht nur ein zentrales Ordnungselement des Markts ausgehebelt, sondern auch die Demokratie. Zum einen werden Commerzbank-Chef Martin Blessing und seine Kollegen gegenüber dem Inhaber einer Schreinerei wie nebenan wie Bürger einer besseren Klasse behandelt. Zum anderen werden uns Bürgern, die wir per Garantie oder Anteilsbesitz für die Banken einstehen, die Gründe dafür vorenthalten.

Baut ein Flughafen eine Startbahn oder erweitert eine Gemeinde ihr Rathaus, werden mit großem Brimborium öffentliche Anhörungen veranstaltet. Aber wenn es um die Zukunftssicherung einer ganzen Nation geht, gibt es kein Planfeststellungsverfahren. Der Bürger wird für unmündig erklärt, denn sein Misstrauen könnte die Banken beschädigen. Hier versagt die Politik, anstatt ihrer Pflicht nachzukommen, die perversen Anreize im Finanzsystem zu eliminieren.

Seit dem Bankrott der Investmentbank Lehman Brothers im Herbst 2008 hat keine Regierung mehr die Pleite einer größeren Bank zugelassen. Dem liegen zwei Fehlannahmen zugrunde. Die erste lautet, Banken seien so miteinander verflochten, dass die Insolvenz eines Instituts einen Dominoeffekt auslöse. Das Argument entlarvt sich selbst: Es gibt kaum etwas weniger verflochtenes als eine Reihe von Dominosteinen. Verflochtene komplexe Systeme neigen dagegen zu hoher Stabilität.

Die Mär von der Kreditklemme

Auch der Lehman-Crash und seine Folgen werden gern als Argument für die Bankenstütze herangezogen. Doch das Finanzsystem ist nach der Pleite keineswegs zusammengebrochen, denn die Zentralbanken haben ihren Job gemacht und billiges Geld in den Markt gepumpt. Die Immobilienbank Hypo Real Estate wird mit dem Argument gerettet, der Pfandbrief sei in Gefahr. Das ist nach vorliegenden Informationen falsch, denn Pfandbriefe sind gerade des-

halb eine sichere Anlage, weil sie per Gesetz selbst dann nicht gefährdet sind, wenn der Emittent ausfällt.

Die zweite Fehleinschätzung ist, es gäbe eine allgemeine Kreditklemme. Dabei könnten die Sparkassen noch mehr als 250 Mrd. € an Krediten vergeben, sie werden das Geld nur nicht los. Daten der EZB belegen, dass seit Mitte 2007 nicht nur die Kreditbedingungen anziehen, sondern auch die Nachfrage sinkt.

Gegen dieses Erpressungspotenzial von Dominoeffekt und Kreditklemme müsste sich die Bundesregierung stemmen. Ist eine Bank aufgrund unveräußerlicher Vermögenswerte wirklich in Solvenznot, muss es in öffentlichen Anhörungen auf Basis umfassender Transparenz um die Frage gehen, ob wir dieser Bank Staatsanleihen in die Bilanz schieben oder uns an ihr beteiligen.

Raus aus der Spielhölle

Welches Finanzsystem wollen wir eigentlich? Wollen wir eins, das dafür sorgt, dass die reichsten zwei Prozent der Menschen 51 Prozent der Vermögenswerte besitzen? Oder wollen wir eins, das bescheiden die reale Wirtschaft mit Geld versorgt und es dorthin lenkt, wo es keinen Schaden anrichtet? Ist Letzteres unser Ziel, müssen wir nur an ein paar Stellschrauben drehen.

Der Anreiz, Bankenkonglomerate zu bilden, ließe sich dadurch eliminieren, dass die Eigenkapitalanforderungen im Verhältnis zur Bilanzsumme einer Bank zunehmen. Eine Großbank mit einer Stammkapitalquote von 50 Prozent zu betreiben ist unrentabel. Um Spekulationsgeschäfte auf den Finanzmärkten einzudämmen, sollte der Gesetzgeber reinem Wettgeschäft und Transaktionen mit Steueroasen den Rechtsschutz entziehen. Wer in einer Spielhölle zockt, kann seine Spielschulden hinterher nicht einklagen.

Ratingagenturen und Wirtschaftsprüfer werden bislang von denen bezahlt, deren Produkte oder Bilanz sie prüfen – ein Interessenkonflikt, der sich nur lösen lässt, indem die Prüfer von einer Abgabe finanziert werden. Das Geld würde dann per Gebührenordnung verteilt.

Kleinere Finanzdienstleister, die weniger Schaden anrichten können, sollten von Bürokratie befreit werden. Dann könnten Kreditgenossenschaften, Bürgergemeinschaften, Tauschringe oder Solidarfonds, die aufgrund des lokalen Vertrauensverhältnisses neue Finanzierungen ermöglichen, die Wirtschaft beleben.

Und noch etwas sollte der Gesetzgeber ändern: Es ist für die Eigentümer heute außerordentlich schwer, Ansprüche gegen Vorstände und Aufsichtsräte geltend zu machen. Das ist eine Einladung zur Verantwortunglosigkeit.

Das wären einfache Regeln mit großer Hebelwirkung – die gerade deshalb auf erbitterten Widerstand stoßen dürften. Zu stark ist die Bankenlobby, die der Politik die Reförmchen einflüstert. So hat das EU-Parlament zuletzt die Eigenkapitalregeln verschärft. Nun ja, nicht wirklich verschärft: Banken müssen künftig lächerliche fünf Prozent der Kreditrisiken, die sie als Wertpapiere weiter verkaufen, selbst behalten. Der SPD-Europaabgeordnete Udo Bullmann klagt: „Wer den Sumpf trockenlegen will, sollte eben nicht die Frösche fragen.“

STEFAN BISKAMP ist Finanzexperte des World Future Council in Hamburg.